

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15498
Dienstag, 15. Jänner 2019

| | |
|---|----|
| LK Österreich startet Prozess zur Bioökonomie | 1 |
| Titschenbacher: Bioökonomie ist neue Chance für die Land- und Forstwirtschaft | 4 |
| Glyphosat: Bundesinstitut für Risikobewertung weist Täuschungsvorwürfe zurück | 5 |
| Moosbrugger: Agrar- und Forstflächen sind Existenzgrundlage, nicht Luxusgut | 6 |
| Europäischer Rechnungshof: Lebensmittelsicherheit der EU ist vorbildlich | 7 |
| Wintertagung 2019 unter dem Motto "Wer ernährt die Welt?" | 7 |
| "Österreichzentrum Wolf, Luchs, Bär": Weitere Umsetzungsschritte vereinbart | 8 |
| Reisecker: Rasche Neuregelung für Ökostrom aus Holz notwendig | 9 |
| HBLFA Tirol mit neuem Schwerpunkt Lebensmittel- und Biotechnologie | 11 |
| Kartoffelmarkt: Lieferbereitschaft der Landwirte deutlich belebt | 12 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



LK Österreich startet Prozess zur Bioökonomie

Moosbrugger zur geplanten Steuerreform: Nachhaltigkeit muss sich lohnen

Wien, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist Hauptbetroffener des Klimawandels, aber gleichzeitig auch ein wesentlicher Teil der Lösung. In den vergangenen Jahren hat der Sektor Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase gesetzt, nun richtet sich das Augenmerk darauf, mit der Bioökonomie aktiv zukunftsorientierte Antworten auf den Ausstieg aus dem Fossilzeitalter zu geben. Ein entsprechender Prozess wurde heute bei einer Klartext-Veranstaltung der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich unter dem Titel "Bioökonomie - Chancen aus Acker & Wald" in Graz angestoßen, an der neben den Präsidenten der LK Österreich, **Josef Moosbrugger**, und der LK Steiermark, **Franz Titschenbacher**, auch der Generalsekretär der High Level Group aus Brüssel, **Stefan Schepers**, Wirtschaftsforscher **Franz Sinabell**, der Geschäftsführer des BioEconomy Cluster Mitteldeutschland, **Matthias Zscheile**, sowie Vertreter heimischer Unternehmen teilnahmen. Einig war man sich darin, dass im Sinne künftiger Generationen das Ende des fossilen Zeitalters unabdingbar ist, der Wandel alle Gesellschaftsschichten betreffen wird und es entsprechende politische Rahmenbedingungen für die Bioökonomie braucht. * * * *

Moosbrugger: Wir leben auf Kosten der Umwelt

"Unser gesamtes Wirtschaftssystem baut noch immer auf der Verwendung fossiler Rohstoffe auf, worin auch die Hauptursache der Klimakrise liegt. Wir leben auf Kosten der Natur und der Umwelt, hier braucht es klare Änderungen, um den Klimawandel zu bremsen - für die künftigen Generationen", forderte LKÖ-Präsident Moosbrugger. Die Land- und Forstwirtschaft ermöglicht mit der Bioökonomie den Wechsel von fossilen zu nachwachsenden Rohstoffen und somit zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Das eröffnet zahllose neue Chancen für Bäuerinnen und Bauern, für Wirtschaft und Industrie sowie für Arbeitsplätze. Bioökonomie ist darüber hinaus das wirksamste Mittel gegen den Klimawandel. "Dafür braucht es jedoch eine klare politische Botschaft aus Brüssel und in Österreich müssen wir darüber nachdenken, wo Möglichkeiten für die Bauern bestehen, Signale zu setzen und ihren Wertschöpfungsanteil zu erhöhen", so Moosbrugger.

Mit der Bioökonomie werden sich auch Warenströme und die Zusammenarbeit zwischen Branchen grundlegend ändern. Für die bäuerliche Interessenvertretung ist damit verbunden, dass die Landwirte als Rohstofflieferanten für eine neue nachhaltige Wirtschaftsweise künftig mit den Verarbeitungsbetrieben auf "Augenhöhe" kooperieren. Das sei entsprechend in den Regelwerken zu verankern. Ferner sei es erforderlich, neue Märkte für land- und forstwirtschaftliche Roh- und Reststoffe aufzubauen und so die Wertschöpfungstiefe auf die Erzeuger zu erhöhen, stellte der LKÖ-Präsident klar.

Ökologische Steuerreform zeigt Kostenwahrheit auf

Diese Umorientierung in Richtung Nachhaltigkeit verlangt laut Moosbrugger neben technischen Neuerungen vor allem auch neue steuerliche Rahmenbedingungen. "Bis heute müssen die Folgekosten von Schäden an Natur und Umwelt, die aus der Verwendung fossiler Rohstoffe resultieren, in erster Linie von den davon Betroffenen oder von der Allgemeinheit, jedoch nicht von den Verursachern getragen werden. Die geplante Steuerreform ermöglicht hier eine grundlegende Änderung. Denn Nachhaltigkeit muss sich lohnen", betonte Moosbrugger. Er bezog sich dabei

konkret auf eine Besteuerung von CO₂ als Haupttreiber des Klimawandels. Gleichzeitig sei bei der Biomasseerzeugung von den Förderungen abzugehen und der Weg zu effektiven, wirtschaftlichen Marktpreisen zu beschreiten.

Moosbrugger ist überzeugt, dass die öffentliche Hand als Vorbild den Umstieg auf eine nachhaltige Ökonomie deutlich beschleunigen würde, etwa, wenn sie ihre Gebäude in Holzbauweise errichtet. Von Vorteil wäre auch, bei Sanierungen natürlichen Dämmstoffen im Förderregime den Vorrang zu geben. Unabdingbar sei ferner, rasch praxistaugliche Nachfolgetarife für Holzkraftwerke zu beschließen, "denn aktive Klimapolitik und der Weg aus dem fossilen hin in ein nachhaltiges Wirtschaftssystem dürfen keine leeren Worthülsen bleiben", so Moosbrugger.

Nachwachsende Rohstoffe anstelle von Erdölprodukten sind keine Zukunftsmusik

Auch Titschenbacher ist überzeugt, dass landwirtschaftliche Urprodukte im Zusammenwirken mit der Wissenschaft und der Forschung ein sehr guter Weg zur Absicherung des Klimas, der nachfolgenden Generationen und der bäuerlichen Wertschöpfung sind. "Wie ein Projekt der Boku und der TU Graz mit Holz im Fahrzeugbau, das größte heimische Holzhochhaus mit 24 Stockwerken in Wien oder die Stofferzeugung aus Zellulose durch die Lenzing AG zeigen, ist Bioökonomie bereits Realität und in einigen Bereichen auf einem sehr guten Weg", so der Präsident der LK Steiermark.

Land- und forstwirtschaftliche Rohstoffe kommen aber auch in der Tierhaltung zum Einsatz, wie etwa Katzenstreu oder Wiesenpellets als Futtermittel, ferner wird Holz als Gipsersatz bei Knochenbrüchen in Spitälern verwendet.

Volkswirtschaftliche Vorteile der Bioökonomie

Welche volkswirtschaftlichen Effekte die vermehrte Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe zur Erzeugung neuer und innovativer Produkte bringt, hat Sinabell vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung anhand einer Fallstudie ermittelt. "Dabei zeigte sich, dass mehr Effizienz in der Fütterung Einsparungen von Rohstoffen ermöglicht, die anderweitig genutzt werden können - etwa kaskadisch, was Wertschöpfung auf mehreren Ebenen schafft", so der Experte. "Die Untersuchung belegt ferner, dass die Bereitstellung von Biomasse im Ackerbau dazu beiträgt, die Treibhausgasemissionen in Österreich durch die Substitution von fossilen Kraftstoffen zu reduzieren - 2015 waren es 2 Mio. t CO₂-Äquivalent. Annähernd ein Fünftel davon geht auf die Beimischung von Ethanol zurück."

Bei der volkswirtschaftlichen Bewertung des heimischen Ackerbaus ist Sinabell von zwei Szenarien ausgegangen. Einmal wurde unterstellt, dass Stärke aus Getreide nicht länger industriell verwertet wird, was "gravierende negative Folgen" hätte. Der Experte leitet im Umkehrschluss daraus ab, "dass die Wertschöpfung durch direkte, indirekte und induzierte Folgewirkungen der Verarbeitung von Getreide um nahezu 850 Mio. Euro steigt. Damit sind fast 7.000 Vollzeit Arbeitsplätze verbunden".

Werden in Zukunft, so eine weitere Modellrechnung des WIFO, 190.000 t Plastik auf Grundlage pflanzlicher Rohstoffe produziert, so ersetzt das nicht nur dieselbe Menge an fossilem Rohstoff, es steigt damit auch die Wertschöpfung um annähernd eine halbe Mrd. Euro und es entstehen zusätzlich 5.000 Arbeitsplätze.

Schepers: Systembedingte Herausforderungen behindern politische Kohärenz der EU

Bei politischen Entscheidungen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise stehen zwei Aspekte im Vordergrund. Zum einen, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, zum anderen, den ökologischen Fußabdruck des Wirtschaftssektors klein zu halten. Die EU nimmt hierbei, laut Schepers, seit langem weltweit eine Vorreiterrolle ein, mit einer Bioökonomie, die schätzungsweise etwa 20 Mio. Arbeitsplätze schafft und einen Umsatz von mehr als 2 Billionen Euro erzielt. Brüssel setze dabei sehr stark auf den Forschungssektor, der auch entsprechend finanziert werde (Horizont 2020), dies sei jedoch nur ein Teil der notwendigen Schritte, mahnte Schepers dazu, "die Komplexität des Themas genau zu betrachten und querzudenken".

Das große Problem sieht er jedoch "in einer Reihe von systembedingten Herausforderungen, die sich aus dem Aufbau und der Tätigkeit der EU ergeben und die politische Kohärenz innerhalb der EU-Kommission sowie zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten behindern". Das erschwere es, sektorübergreifende politische Strategien zu entwickeln und umzusetzen, "wenn dafür ein vor mehr als einem halben Jahrhundert eingerichtetes Politiksystem zur Verfügung steht, das grundsätzlich auf getreten Ressorts beruht". Infolgedessen sind viele Voraussetzungen zur Erreichung einer kreislauf- oder biobasierten Wirtschaft, wie beispielsweise Regeln des Finanzsektors, noch nicht vorhanden, was Übergangsinvestitionen behindert.

Ohne ein neuerliches grundlegendes Überdenken der Art und Weise, wie die EU-Politik umgesetzt werde, sei zu befürchten, dass die Einhaltung der politischen Zusagen für die Bioökonomie auf "tönernen Füßen" stehe, so der EU-Experte. Österreich habe zwar während seiner Ratspräsidentschaft einen Anstoß zur Reformdebatte gegeben. Die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten auf einen Nenner zu bringen, sei jedoch ein äußerst schwieriges Unterfangen. Infolgedessen werde der Übergang zu einer Bioökonomie langsamer als technisch möglich wäre erfolgen, ist Schepers überzeugt. Der Wandel würde jedoch an Fahrt aufnehmen, wenn die Europäische Union und die nationalen Regierungen alle notwendigen Rahmenbedingungen festlegen würden, was bislang allerdings noch nicht der Fall sei. "Wir dürfen bei alledem nicht aus den Augen verlieren, dass es um unsere Wettbewerbsposition und um die Lebensqualität künftiger Generationen in der EU geht", mahnte er abschließend.

Zscheile: Es gibt keinen anderen Weg

Der BioEconomy Cluster Mitteldeutschland, ein Zusammenschluss von 70 Partnern aus einer stark chemisch geprägten Region, beschäftigt sich seit seiner Gründung im Jahr 2010 damit, das Potenzial in der Region zu heben. Der Cluster hat sich auf den Rohstoff Holz als ältesten Baustoff und Energieträger sowie seine in den vergangenen Jahren zunehmende Nutzungsvielfalt spezialisiert. Neben den üblichen Anwendungsgebieten in der Sägeindustrie und im Holzbau sollen durch die Bioökonomie intelligente Wertschöpfungsketten und -netze etabliert werden, mit dem Ziel, den gesamten Stamm effektiv zu verarbeiten. "Es ist ein sehr steiniger und sehr kostenintensiver Weg, aber es ist der richtige Weg", zeigt Geschäftsführer Zscheile auf.

Der regionale Charakter ist wichtig

Aus seiner Erfahrung ist der Wandel zu einer "grüneren Wirtschaft" ohne politische Weichenstellungen nicht möglich. "Es braucht Anreize, um Unternehmern die langfristigen Vorteile bioökonomischen Wirtschaftens näher zu bringen und Verbrauchern die Notwendigkeit nachhaltigen Konsums", so Zscheile. Die Rahmenbedingungen sollten dabei von Brüssel festgelegt werden, die Umsetzung müsse aber auf regionaler Ebene erfolgen. "Jede Region, jedes Land hat da für sich spezifische Eigenheiten, die es zu nutzen gilt, wie etwa Mais in den USA, Holz in Deutschland, Skandinavien und Österreich. Dieses Potenzial gilt es zu heben und zu nutzen. Wir haben keinen anderen Weg." (Schluss) wol - APA OTS 2019-01/15/10:00 und 10:23

Titschenbacher: Bioökonomie ist neue Chance für die Land- und Forstwirtschaft

Nachwachsende Rohstoffe ersetzen Erdölprodukte

Graz, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - "Die heimische Land- und Forstwirtschaft als Hauptbetroffener der Klimaverschlechterung gibt mit der Bioökonomie aktiv zukunftsorientierte Antworten zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern", unterstreicht Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher**. Wir bieten biobasierte, nachwachsende Wertstoffe als Ersatz für fossile Rohstoffe. Titschenbacher: "Es ist keine Zukunftsmusik mehr, dass künftig Autoteile, Kühlschränke und Computergehäuse oder sogar Glas, vor allem aber auch Kleidung aus nachwachsendem Holz und anderen Pflanzen hergestellt werden. Beim Bauen mit Holz sowie bei der energetischen Nutzung von Biomasse sind wir bereits auf einem guten Weg." * * * *

"Holz eignet sich sehr gut für die Fahrzeugindustrie als Ersatz für Stahl und Aluminium. Experten des steirischen Forschungsprojektes Wood C.A.R. haben bewiesen, dass Holz hervorragende Festigkeitswerte und ein exzellentes Dämpfungsverhalten hat", betont Titschenbacher. Unterstützt wird dieses Forschungsprojekt von der Technischen Universität Graz, von Joanneum Research und der Universität für Bodenkultur in Wien. Durchsichtiges Holz ist wesentlich stärker als Glas und härter als unbehandeltes Holz: Amerikanischen Forschern ist es gelungen, Holz transparent zu machen.

Wien bekommt das weltweit höchste Hochhaus aus Holz

Das mit 24 Stockwerken höchste Holzhochhaus der Welt wird derzeit in Wien-Donaustadt errichtet. Darin werden 3.600 m³ PEFC-zertifiziertes Holz (mehr als 100 LKW-Züge) aus der Steiermark verbaut und somit 2.800 t klimaschädliches CO₂ eingespart. Die Gebäudeteile werden unter anderem vom steirischen Unternehmen Mayr-Melnhof und der Firma Hasslacher aus Kärnten vorgefertigt und dann an Ort und Stelle ineinander verschraubt. Einen Meilenstein hat auch der österreichische Faserhersteller Lenzing AG gesetzt. Dem heimischen Unternehmen gelang es, aus Zellulose ein Garn herzustellen, das fein wie reine Seide, aber besser waschbar ist. Weil die Herstellung sehr umweltfreundlich ist, kann damit der Markt für nachhaltige und umweltbewusste Textilien bedient werden.

Agrarische Reststoffe als Katzeinstreu und Wiesenpellets als Tierfutter

Bereits vor drei Jahren haben Bauern in Halbenrain das erste österreichische Biomasse-Logistikzentrum für agrarische Reststoffe eröffnet. Dort werden Pellets aus Gras von Naturschutzwiesen hergestellt, die dann beispielsweise Schweinen oder Wild verfüttert werden. Damit wird der Import von ausländischen Rohfaserpellets verringert. Weiters wird dort aus agrarischen Reststoffen wie Maisspindeln weiches Katzen-, Pferde- oder Geflügeleinstreu erzeugt.

Holz erobert die Krankenhäuser

Als Gipsersatz bei der Behandlung von Knochenbrüchen ist ebenfalls der nachwachsende Rohstoff Holz im Vormarsch. Damit können synthetische Gipsbinden aus erdölbasiertem Material ersetzt werden. Der Vorteil: Gipsersatz aus Holz ist biologisch abbaubar und formfest. Bereits in 60 Krankenhäusern Westeuropas hat dieser natürliche Gipsersatz Einzug gefunden, 100 Ärzte sind davon bereits überzeugt. (Schluss) - APA OTS 2019-01-15/10:23

Glyphosat: Bundesinstitut für Risikobewertung weist Täuschungsvorwürfe zurück

Interessen der Auftraggeber spielen bei wissenschaftlicher Bewertung keine Rolle

Straßburg, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Abgeordnete des Europäischen Parlaments üben Kritik an dem Gutachten des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) über die Gesundheitsrisiken von Glyphosat. Eine von den Grünen im EU-Parlament in Auftrag gegebene Plagiatsuntersuchung habe ergeben, dass das Gutachten des BfR wortgleiche Studienergebnisse des Herstellers enthalte. * * * *

Das BfR weist die Vorwürfe von absichtlicher Täuschung entschieden zurück. "In Europa war es in Bewertungsverfahren bei Pflanzenschutzmitteln üblich und anerkannt, dass Bewertungsbehörden nach kritischer Prüfung auch relevante Passagen aus eingereichten Dokumenten der Antragsteller in ihre Bewertungsberichte integrieren, soweit diese fachlich zutreffen", entgegnet das BfR den Kritikern in einer Aussendung. Für die Gesamtbewertung der wissenschaftlichen Arbeit der Behörden seien quantitative Prozentangaben des Anteils der behördlichen Arbeit nicht relevant. Entscheidend sei die qualitative, kritische Prüfung des Industriedossiers und der wissenschaftlichen Literatur durch die Behörde.

"Das BfR hat keinesfalls ungeprüft die Schlussfolgerung der Antragsteller übernommen. Es prüft gemäß seinem gesetzlichen Auftrag alle angegebenen Studien im Original", betont die Behörde. Alleiniges Kriterium für die Berücksichtigung von Studienergebnissen sei die wissenschaftliche Qualität und Evidenz der Studien. "Mögliche Interessen der Auftraggeber, der Politik oder anderer Interessengruppen können und dürfen bei einer wissenschaftlichen Bewertung keine Rolle spielen", bekräftigt das BfR.

Unterdessen fordert der Sonderausschuss für Pflanzenschutzmittel im Europaparlament mehr eigene Studien durch die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA), unabhängig von den Herstellern. Dafür soll die EFSA mit mehr Haushaltsmitteln ausgestattet werden, heißt es im Abschlussbericht des Sonderausschusses, der morgen, Mittwoch, in Straßburg abgestimmt wird. (Schluss) mö/hub

Moosbrugger: Agrar- und Forstflächen sind Existenzgrundlage, nicht Luxusgut

Kritik an einseitiger Interpretation einer Vermögensbefragung der Notenbank

Wien, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Die Bäuerinnen und Bauern leben vom Ertrag und nicht vom Verkauf ihrer Äcker. Aus diesem Grund ist die heute in der Tageszeitung "Der Standard" präsentierte und einseitig interpretierte Haushaltsbefragung der Notenbank absolut unzutreffend", betont der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**. So wurde als primäres Ergebnis der Umfrage kommuniziert, dass Bäuerinnen und Bauern die vermögensstärkste Berufsgruppe seien. "Für unseren Berufsstand ist Boden kein Luxusgut, sondern Existenzgrundlage. Eine derartige mediale Interpretation dient wohl primär dazu, Neidreflexe zu bedienen - gerade in einer Phase, in der weitreichende steuerliche und agrarpolitische Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene anstehen. Es ist klar, dass unsere Berufsgruppe, deren Erwerbsbasis Grund und Boden darstellt, bei deren Bewertung mit dem Verkehrswert über höheres Anlagevermögen verfügt als unselbstständig Erwerbstätige", gibt Moosbrugger zu bedenken. * * * *

Statistische Einkommensvergleiche viel aussagekräftiger

"Dass dieses Vermögen nichts mit hohem Einkommen zu tun hat, wird nicht erwähnt. Dabei wäre der statistische Vergleich der Einkommen beziehungsweise Löhne viel aussagekräftiger. So werden die Einkommen der Landwirte alljährlich im 'Grünen Bericht' analysiert. Nach vielen Jahren des Rückgangs wurden für 2017 zwar spürbare Anstiege ausgewertet, die Einkommen der österreichischen Bäuerinnen und Bauern liegen aber nach wie vor deutlich hinter jenen unselbstständig Erwerbstätigen. So haben sie im Vorjahr gerade einmal das Niveau von 2011 wieder erreicht", betont der LK Österreich-Präsident.

"Interessant wäre zudem, wie manche meinen, dieser vermeintlichen 'Ungerechtigkeit' begegnen zu können. Die so oft diskutierte Vermögenssteuer gibt es für Grundvermögen bereits. Die Land- und Forstwirtschaft ist sogar die einzige Berufsgruppe, deren spezifisches Betriebsvermögen mit einer Vermögenssteuer (Grundsteuer) belastet wird. Auch Gewinne bei der Veräußerung von Grundbesitz werden mit der Immobilienertragssteuer bereits besteuert", stellt Moosbrugger fest. "Die vermeintlich 'gerechte' Verteilung von Grund und Boden müsste somit wohl einer Enteignung der Bewirtschafter gleichkommen. Solche Modelle hat es in der Geschichte bereits gegeben. Diese Versuche waren stets von wirtschaftlichem und sozialem Niedergang und Not für die Bevölkerung begleitet und sollten daher mit Sicherheit nicht wiederholt werden", unterstreicht der LK Österreich-Präsident.

Grund und Boden nicht internationalen Großkonzernen überlassen

"Es ist außerdem gut und wichtig, dass Grund und Boden nicht nur internationalen Großkonzernen gehören, sondern auch den Österreicherinnen und Österreichern selbst. Und was ist übrigens mit den Vermögen von internationalen Kapitalgesellschaften, die vollkommen konform mit allen Steuergesetzen ihre Milliardengewinne aus der EU und Österreich transferieren können?", stellt Moosbrugger zur Diskussion. Er weist außerdem darauf hin, welche umfangreichen Mehrleistungen die heimischen Land- und Forstwirte für die gesamte österreichische Bevölkerung erbringen - von höchstqualitativen Lebensmitteln, Umwelt-, Klima-, Erosions- und Lawinenschutz bis hin zur für den Tourismus wichtigen Landschaftspflege und vielem mehr. (Schluss)

Europäischer Rechnungshof: Lebensmittelsicherheit der EU ist vorbildlich

Verbesserungsmöglichkeiten gibt es beim Import

Luxemburg, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Die EU verfügt über eines der besten Überwachungssysteme für Lebensmittel, geht aus einem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes (EuRH) hervor. "Der Hof stellt fest, dass das Modell der Lebensmittelsicherheit der EU auf einer soliden Grundlage basiert und weltweit beachtet wird", heißt es darin. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) genießen die Bürger in Europa das höchste Maß an Lebensmittelsicherheit weltweit, führen die Autoren aus. Die Stärke des von der EU angewandten Modells der Lebensmittelsicherheit überzeuge laut EuRH durch eine Risikobewertung von ausgelagerten Behörden, die unabhängig von der Politik blieben. Zudem würden die Chemikalien bewertet, bevor sie in der Lebensmittelkette eingesetzt werden. * * * *

Schwächen sieht der EuRH dagegen beim Import. Hinsichtlich der Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln sollte die EU-Kommission darlegen, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um das gleiche Maß an Sicherheit bei in der EU erzeugten und bei importierten Lebensmitteln aufrechtzuerhalten. Zudem sollten sich die Behörden der EU-Mitgliedstaaten stärker auf die vom Privatsektor durchgeführten Kontrollen stützen, um die zahlreichen strengen Vorschriften auch einhalten und prüfen zu können. Der vollständige Sonderbericht des EuRH kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss) mö

Wintertagung 2019 unter dem Motto "Wer ernährt die Welt?"

Auftakt am 28. Jänner im Zeichen der zukunftsfiten Agrarpolitik

Wien, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - "Wer ernährt die Welt? Wer verzehrt die Welt? Wer erklärt die Welt?" - so lautet das Motto der Wintertagung 2019 des Ökosozialen Forums, die vom 28. Jänner bis 1. Februar stattfindet. Traditionsgemäß startet die Tagung mit dem agrarpolitischen Auftakt in Wien. Dabei werden von hochrangigen Experten Pflöcke für eine zukunftsweisende Agrarpolitik eingeschlagen. Die Ergebnisse der Diskussionen des Eröffnungstages werden weiter in die jeweiligen Fachkonferenzen getragen, und eine ganze Woche wird dann intensiv in den einzelnen Produktionsbereichen an Zukunftsszenarien und Lösungen für die Land- und Forstwirtschaft gearbeitet. Ihren Abschluss findet die Wintertagung am Freitag mit dem Fachtag Kommunikation. * * *

Der Eröffnungstag Agrarpolitik am 28. Jänner im Austria Center Vienna ist wieder hochkarätig besetzt. Neben Bundesministerin Elisabeth Köstinger wird unter anderem Stephan Pernkopf als Präsident des Ökosozialen Forums am Podium vertreten sein. Der AgrarThinkTank wird die Chancen und Herausforderungen einer zukunftsfiten Landwirtschaftspolitik aus Sicht der Jungen aufzeigen. Josef Schmidhuber, stellvertretender Direktor der Trade and Markets Division der FAO, Markus Hengstschläger, Vorstand des Instituts für Medizinische Genetik der Universität Wien, und Markus Gull, Gründer und Eigentümer der Gull + Company GmbH, werden gemeinsam mit dem Publikum folgende Fragen diskutieren: Wer ernährt morgen die Welt und welche Strukturen sind dafür notwendig? Wer verzehrt die Welt und welche Chancen bergen Zukunftstechnologien? Wer erklärt die Welt und welche Macht haben Geschichten? Der Eröffnungstag verspricht somit intensive

Debatten über eine klimaangepasste europäische Agrarpolitik und die Folgen für unser Ernährungssystem sowie über die Konsequenzen für die kleinstrukturierte österreichische Landwirtschaft.

Fachtag Kommunikation befasst sich mit Folgen von "Fake News"

"Fake News" stehen am 1. Februar im Mittelpunkt des Fachtages Kommunikation, der den Abschluss der Wintertagung bildet. Dabei zeigen die Referenten anhand von Beispielen aus der Praxis auf, wo Kommunikation in der Agrarbranche schiefgelaufen ist. Der Politikwissenschaftler Florian Hartleb wird über die Auswirkungen von "Fake News" sprechen. Daniel Kapp, Managing Partner bei Kapp Hebein Partner, wird erklären, wie praxistaugliche Krisenkommunikation funktioniert. Weiters erläutern Alwin Schönberger, Leiter des Wissenschaftsressorts beim Nachrichtenmagazin "Profil", Nicole Berkmann, Unternehmenssprecherin bei der Handelskette Spar, und Redakteur Wolfgang Böhm von der "Presse", wie die Landwirtschaft besser kommunizieren kann.

Das Programm der anderen Fachtage wird von aiz.info in den kommenden Tagen in weiteren Beiträgen vorgestellt. Nähere Informationen und ein Link zur Anmeldung sind unter www.ökosozial.at zu finden. (Schluss)

"Österreichzentrum Wolf, Luchs, Bär": Weitere Umsetzungsschritte vereinbart

Agrarreferenten tagten in Kärnten - Gemeinsame Position zur Zukunft der GAP

Klagenfurt, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Unter dem Vorsitz von Landesrat **Martin Gruber** haben sich am Montag die Agrarreferenten der österreichischen Bundesländer in Klagenfurt getroffen, um sich in zentralen agrarpolitischen Fragen abzustimmen. An der Tagung teilgenommen hat auch Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger. Vereinbart werden konnten dabei die nächsten Umsetzungsschritte für das sogenannte "Österreichzentrum Wolf, Luchs, Bär". Die Einrichtung einer eigenen Organisation, um alle Maßnahmen im Umgang mit Großraubwild zu bündeln, war bei der letzten Tagung im burgenländischen Stegersbach beschlossen worden. Gestern einigten sich die Bundesländer auf die Finanzierung, die Aufgaben und Mitglieder des Österreichzentrums. * * * *

"Wir sind damit einen wichtigen Schritt weitergekommen in Richtung eines bundesländerübergreifenden Managements des Großraubwilds. Dies ist die Basis für alle weiteren Maßnahmen", betonte Gruber nach der Sitzung. 120.000 Euro werden für die Geschäftsstelle des Österreichzentrums in Raumberg-Gumpenstein veranschlagt, 100.000 Euro werden für die Begutachtung von Schadensfällen und DNA-Analysen bereitgestellt, weitere 100.000 Euro sollen in gemeinsame Pilotprojekte wie Herdenschutzmaßnahmen fließen. Die Hälfte der Kosten für die Geschäftsstelle übernimmt dabei die Bundesregierung, den Rest teilen sich die Bundesländer nach einem fixen Berechnungsschlüssel auf.

Stabiles EU-Agrarbudget als Ziel

Beschlossen wurde von den Landesagrarreferenten auch ein gemeinsames Positionspapier zur Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2020. Darin wird im Hinblick auf die Verhandlungen zur GAP ausdrücklich ein gleichbleibendes EU-Budget für den Bereich Landwirtschaft sowie für den ländlichen Raum als Ziel festgehalten. "Wir konnten im Gespräch mit der Landwirtschaftsministerin nochmals nachdrücklich auf die drohenden Szenarien für die bäuerlichen Strukturen der Bundesländer im Falle einer Reduktion hinweisen. Sie hat uns ihre volle Unterstützung zugesichert", berichtete Gruber. Kürzungen im EU-Agrarbudget würden nicht nur die Landwirte, sondern den ländlichen Raum, die regionalen Arbeitsplätze und auch den Tourismus gefährden. "Die weiteren Vorbereitungen auf die EU-Programmperiode nach 2020 werden daher auch ein Schwerpunkt der Kärntner Vorsitzführung der Agrarreferentenkonferenz sein", informierte der Landesrat. Eine gemeinsame Vorgehensweise will er in den nächsten Monaten auch beim Thema Risikovorsorge in der Landwirtschaft sowie bei der Umsetzung des Bestbieterprinzips in der öffentlichen Beschaffung erreichen. (Schluss)

Reisecker: Rasche Neuregelung für Ökostrom aus Holz notwendig

LK OÖ fordert Zwischenlösung für Weiterbetrieb von Holzkraftwerken

Linz, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - "Österreichweit sind rund 130 ältere, voll funktionsfähige Holzkraftwerke in Betrieb, die zusammen Ökostrom für mehr als 600.000 Haushalte produzieren. 6.400 Arbeitsplätze hängen direkt von diesen Kraftwerken ab. Der Großteil dieser Anlagen muss allerdings 2019 den Betrieb einstellen, da sich die Produktion von Ökostrom aus Holz ohne geregelten Einspeisetarif nicht rechnet. Das geplante Ausbaugesetz für die erneuerbaren Energien kommt zu spät, um diesen Anlagen einen Weiterbetrieb zu ermöglichen. Die Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher - wie dies von Umweltministerin Elisabeth Köstinger bereits angekündigt wurde - die Umsetzung einer raschen Zwischenlösung, um den Weiterbetrieb dieser Ökostromanlagen zu sichern", betonte heute LK-Präsident **Franz Reisecker**. * * * *

Herzstück der erneuerbaren Energieversorgung

"Die Holzkraftwerke stellen das Herzstück der erneuerbaren Energieversorgung dar. Ökostrom aus Holz ist immer verfügbar und liefert für die Stromnetze wichtige Grundlast, unabhängig von Wind und Wetter. Neben einer Strommenge von 2 Mrd. Kilowattstunden wird bei den meisten Kraftwerken Fernwärme für viele Haushalte produziert. Ohne Übergangsregelung fallen allein 2019 drei Viertel der Anlagen weg, das entspricht der Stromproduktion für 450.000 Haushalte. Die erfreulichen Ziele der Bundesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energie wären stark gefährdet und die Klimaziele würden in weite Ferne rücken. Es ist daher ein Gebot der Stunde, rasch eine Übergangslösung für alle Holzkraftwerke zu beschließen", so Reisecker.

Auch die regionale Wertschöpfung der Holzkraftwerke sei bedeutend: 6.400 Arbeitsplätze würden von den Anlagen gesichert, die Wertschöpfung liege bei 500 Mio. Euro. Strom aus Holz sei aus Sicht der Landwirtschaftskammer ein unverzichtbarer Bestandteil im Sortenmix der erneuerbaren Energieträger, unterstrich der Präsident.

Hohes Biomasseangebot am Markt

Reisecker verwies auch auf die derzeitige Borkenkäfer-Problematik, die ein großes Problem für die heimische Forstwirtschaft darstellt und wo in den nächsten Jahren auch nicht mit einer Entspannung gerechnet wird. Die großen Schadholzmengen müssen unverzüglich verarbeitet werden, um die Ausbreitung des Borkenkäfers einzudämmen.

Weiters bereitet das Eschensterben der Forstwirtschaft Kopfzerbrechen, weil dadurch zusätzliches Energieholz auf den übersättigten Markt drängt. Vor allem schlechtere Holzqualitäten können hier kaum mehr untergebracht werden. "Durch den Klimawandel wird die Schadholzmenge weiter steigen, die Verwertung von Holz in Kraftwerken ist daher eine äußerst wichtige Marktentlastung", ist Reisecker überzeugt.

Hohes Potenzial auch bei Kleinanlagen

Nicht nur größere Holzkraftwerke sichern ein zukunftsfähiges Energiesystem ab, auch das Potenzial für kleine Biomassekraftwerke, sogenannte Holzgasanlagen, ist groß. "Etwa 180 Holzgasanlagen könnten bei bestehenden Biomasse-Nahwärmanlagen errichtet werden", erläuterte Reisecker. Vorsichtig geschätzt könnten zusätzlich etwa 300 Anlagen bei landwirtschaftlichen Betrieben oder kleinen Gewerbebetrieben errichtet werden.

Insgesamt 280.000 Festmeter Holz würden damit in wertvollen Ökostrom und Wärme umgewandelt werden. Die dabei erzeugte Strommenge würde für die Versorgung von etwa 45.000 Haushalten reichen. "Das zukünftige Energiesystem muss einen Schwerpunkt in der Biomassenutzung vorsehen. Dieser Zukunftsbranche könnte dadurch der Rücken gestärkt werden, indem die Vertragslaufzeiten an die Lebensdauer der Technik angepasst und Kleinanlagen stärker berücksichtigt werden", erklärte der Präsident.

Biomassenutzung erhalten und ausbauen

"Regionale Wertschöpfung, hoch gesteckte Klimaziele, Ausbau der erneuerbaren Energiequellen - diese wesentlichen Parameter unserer Energiepolitik werden durch das Abschalten der Holzkraftwerke zu leeren Schlagworten. Die LK Oberösterreich fordert die Erhaltung der bestehenden Holzkraftwerke und einen kontinuierlichen Ausbau der Verstromung von Biomasse, auch im kleinen Leistungsbereich. Österreich als Technologieführer in der energetischen Biomassenutzung kann es sich nicht leisten, selbst einen Kahlschlag in der Biomassenutzung zuzulassen. Die energetische Biomasse in Form von Holzkraftwerken muss weiterhin ein zentrales Standbein unseres Energiesystems sein", forderte Reisecker. (Schluss)

HBLFA Tirol mit neuem Schwerpunkt Lebensmittel- und Biotechnologie

Köstinger: Attraktive Berufsfelder für junge Menschen eröffnen

Wien, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt (HBLFA) Tirol bietet ab dem nächsten Schuljahr den neuen und in Westösterreich einzigartigen Ausbildungsschwerpunkt Lebensmittel- und Biotechnologie an. "Wir wollen jungen Menschen besondere Fähigkeiten in einer Vielzahl von attraktiven, hochwertigen Berufsfeldern eröffnen", sagte die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, **Elisabeth Köstinger**. Dazu zählen Jobs in lebensmittelverarbeitenden Betrieben wie etwa Sennereien, pharmazeutischen Unternehmen, in der Lebensmittelanalytik, in der biomedizinischen Forschung und Entwicklung sowie Berufe, die mit Qualitätsmanagement, Controlling oder biotechnologischem Apparate- und Anlagenbau zu tun haben. "Neben guten Einstiegschancen in all diese aufsteigenden Berufsfelder bietet die neue Ausbildung auch eine gute Vorbereitung für die Führung eines eigenen bäuerlichen oder gewerblichen Unternehmens mit eigener Lebensmittelherstellung", begrüßte Tirols Landeshauptmann-Stellvertreter, **Josef Geisler**, die Bildungsinitiative. * * * *

Mit Schwerpunkten in Fächern wie angewandte Physik und Chemie, Lebensmittel- und Biochemie, Mikrobiologie und Hygiene, Lebensmittel- und biotechnologisches Laboratorium sowie landwirtschaftliche Produktion spricht der neue Lehrgang vor allem Jugendliche mit naturwissenschaftlichem Interesse an, die sich auch mit den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Umweltschutz beschäftigen möchten. Die fünfjährige, mit einer Reife- und Diplomprüfung (Matura) endende Ausbildung ist für Jugendliche interessant, die eine gymnasiale Unterstufe oder eine Neue Mittelschule mit einer positiven vertiefenden Beurteilung absolviert haben.

HBLFA Tirol als neues Kompetenzzentrum

Besonders profitieren können die Schüler von dem in Westösterreich erstmals möglichen Zusammenwirken einer höheren Schule und einer Forschungseinrichtung, wie sie mit der Neukonzeption der HBLFA Tirol möglich wurde. Die aus der früheren Bundesanstalt für Alpenländische Milchwirtschaft hervorgegangene Forschungs- und Serviceinstitution der HBLFA Tirol verfügt über die Abteilungen Chemie, Mikrobiologie und Hygiene, Technologie und Beratung sowie Kulturen und ist mit Hochschuleinrichtungen wie der Universität Innsbruck oder dem Management Center Innsbruck vernetzt. Mit der Ausbildung der Schüler können neue Erkenntnisse aus der Forschung direkt in die Landwirtschaft beziehungsweise die Lebensmittelverarbeitung einfließen und somit umgehend in der praktischen Anwendung genutzt werden.

Im Sommer 2020 wird die HBLFA Tirol - und damit auch der neue Lehrgang - von Kematen nach Rotholz übersiedeln und dort den derzeit entstehenden Forschungs- und Schulneubau beziehen. Die Anmeldung für alle Lehrgänge muss bis 1. März 2019 direkt an der HBLFA Tirol am Standort Kematen erfolgen. Weitere Informationen gibt es am Tag der offenen Tür am Freitag, dem 18. Jänner 2019, an der HBLFA Tirol in Kematen oder bei einem individuell vereinbarten Termin und natürlich auch unter www.hblfa-tirol.at. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Lieferbereitschaft der Landwirte deutlich belebt

Erzeugerpreise stabil auf dem Vorwochenniveau

Wien, 15. Jänner 2019 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt herrschen stabile Verhältnisse. Nach der Preiserhöhung in der Vorwoche hat sich die Lieferbereitschaft der Landwirte deutlich belebt. Einerseits rechnet man in der Branche kurzfristig mit keiner weiteren Preiserhöhung. Andererseits trennen sich heuer viele Landwirte, angesichts der raschen physiologischen Alterung der Lagerware, lieber früher als später von ihren Vorräten. Somit steht eine gute Angebotslage einer saisonbedingt ruhigen, aber stetigen Nachfrage gegenüber, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. * * * *

Die Inlandsnachfrage dürfte auch in den kommenden Wochen auf ähnlichem Niveau bleiben. Exporte werden angesichts der rasch schwindenden Lagervorräte nicht forciert. Die Erzeugerpreise liegen stabil auf dem Vorwochenniveau. In Niederösterreich werden Speisekartoffeln meist um 25 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 29 Euro zu erzielen. In Oberösterreich wurden zuletzt bis zu 27 Euro/100 kg bezahlt.

In Deutschland kann heuer von einer üblichen Jänner-Flaute beim Kartoffelabsatz keine Rede sein. Viele Händler haben weiterhin alle Hände voll zu tun, um die vom Lebensmitteleinzelhandel geforderten Qualitäten, Sorten und Mengen bereitzustellen. Neben dem Inlandsbedarf gibt es auch entsprechende Anfragen aus Ost- und Südosteuropa, welche bedient werden müssen. Der Wettbewerb um das begrenzte Kartoffelangebot nimmt dem entsprechend zu. Zu steigenden Preisen hat dies aber noch nicht geführt. Die Erzeugerpreise lagen im Bundesdurchschnitt zuletzt bei 27,5 bis 28,7 Euro/100 kg. (Schluss)